

Karstadt: Arbeitsplätze mit staatlicher Bürgschaft retten

Die Bundesregierung hat entschieden, Arcandor Pleite gehen zu lassen. Bei Karstadt und anderen Tochtergesellschaften des Konzerns, zum Beispiel beim Versandhaus Quelle, arbeiten mehr als 50 000 Menschen – vor allem Frauen. Ihre Arbeitsplätze sowie die bei Lieferanten und in der Logistik sind bedroht.

Managementfehler und überzogene Mietforderungen von Investoren tragen ebenso Schuld wie die schwache Binnennachfrage. Der gesamte Einzelhandel hat mit schlechten Umsatzzahlen zu kämpfen. Das ist ein Ergebnis von Agenda 2010 und Hartz IV von SPD und Grünen. Wer die Löhne drückt, würgt die Nachfrage ab.

Besser den Erhalt von Arbeitsplätzen finanzieren als Arbeitslosigkeit

Die Behauptung der Bundesregierung, Unternehmenspleiten böten die Chance für einen Neustart und seien die billigste Lösung für den Steuerzahler, ist falsch.

Es droht die Verscherbelung einzelner Unternehmensteile an andere Marktkonkurrenten und die Schließung der restlichen Standorte. Leidtragende sind die Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze verlieren, und die Allgemeinheit, auf die die Schließungskosten abgewälzt werden.

Im Fall von Karstadt stellt die Bundesagentur für Arbeit 250 Millionen Euro Insolvenzgeld bereit, um das Unternehmen von Lohnzahlungen zu befreien. Hinzu kämen die Kosten bei möglichen Entlassungen – 10 000 Arbeitslose mehr belasten die Arbeitslosenversicherung mit etwa 230 Millionen Euro.

Staatsgelder für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Die Beschäftigten bei Karstadt und anderswo dürfen nicht Opfer einer Krise werden, die sie nicht zu verantworten haben.

Das Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung sollte dafür da sein, Arbeitsplätze zu retten. Dabei muss die Beschäftigungssicherung eindeutig und verlässlich geregelt sein. Steuergeld darf nicht in die Taschen der Aktionäre fließen.

Wo der Staat hilft, müssen Beteiligungen der öffentlichen Hand und der Belegschaften den Einfluss auf die Geschäftspolitik garantieren.

Millionäre zur Kasse

Nicht zuletzt sind die Eigentümer des Konzerns in die Pflicht zu nehmen. Arcandor gehört zu je rund einem Viertel Madeleine Schickedanz (geschätztes Vermögen: 1 Milliarde) und der Privatbank Sal. Oppenheim, die in den vergangenen Jahren Gewinne im dreistelligen Millionenbereich einfahren konnte.

DIE LINKE fordert eine Millionärssteuer von fünf Prozent. Damit würden endlich Superreiche stärker an den Kosten des Gemeinwesens beteiligt werden.

Zukunftsfonds für nachhaltige Förderung

DIE LINKE unterstützt die Aktionen der Karstadt-Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di. Wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen, nicht nur für Banken und Konzerne! Schutzschirm für die Menschen heißt aber auch, dass nicht nur große Konzerne nach Staatshilfen verlangen dürfen.

DIE LINKE fordert einen Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft, der sich auch an kleine und mittelständische Unternehmen richtet und dort Arbeitsplätze schafft und sichert.

www.linksfraktion.de/schutzschirm



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G